



Der Freie Arbeiter

Herausgeber: Martin Mutschmann

Alltägliche Tageszeitung der N.S.D.A.P. Gau Sachsen

Bezugspreis: Ein Monat RM 2,50 (30 Pf. Postgebühr). Der Freie Arbeiter erscheint täglich in Dresden, den 14. Januar 1932.

Nr. 11 · Donnerstag, 14. Januar 1932

Anzeigenpreis: Die Spaltenbreite ist 10 cm. Anzeigen im Textblock sind bei großem Umfang ermäßigt. Preise sind ohne Mehrwertsteuer. Einzelhefte 10 Pf.

Der spätere Reichspräsident wird ein Nationalsozialist sein!

Eine Erklärung Hg. Dr. Fricke

Während man sich im Lager der „Mittelparteien“ von den Konservativen bis einschließlich zu den Staatsparteilern nur sehr langsam von dem Schrecken erholt, den Hitlers Abgabe an Brüning verursacht hat, so daß man erst jetzt mit allerlei kleinen Behelfsverfahren beginnt, erklingt plötzlich erneut die Kriegsankündigung.

Zur Zeit ist man in der Brüning-Front eifrig befaßt, eine „Volkswahl Hindenburg auf dreifacher Front zu ermöglichen“. — Wie man das machen will, weiß man zwar selbst noch nicht, doch versucht man, den Eindruck zu erwecken, als sei diese breite Front da.

Wenn sich das Brüning-Lager stark genug fühlen würde, dann hätte es nicht den Weg versucht, uns zu der parlamentarischen Front der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten zu gewinnen. — Adolf Hitler lehnte es mit Recht ab, den Reichspräsidenten in den Tageskampf der politischen Parteien zu ziehen. — Schon jetzt zeigt es sich, wie recht er hatte! Denn obwohl der Reichspräsident keinerlei Entscheidung über sein zu-

künftiges Verhalten getroffen hat, versucht ihn die unentwegte „Mitte“, für sich zu beanspruchen und zieht ihn damit in die unerfreulichsten Tageskämpfe des parlamentarischen Systems hinein. — Auch das an anderer Stelle erwähnte Volksbegehren Mahranns erreicht lediglich, daß das Ansehen des Reichspräsidenten leidet.

Man kann von uns Nationalsozialisten nicht verlangen, daß wir eine Maßnahme unterstützen, die dieses System erneut verankert und festigt. Aus diesem Grunde müssen wir es ablehnen, uns für Brüning vorzubereiten zu lassen. Ueber eine Erklärung von Hg. Dr. Fricke bringt die Telegraphen-Union folgende Meldung:

Kempten, 13. Januar.

In einer nationalsozialistischen Versammlung, die am Dienstagabend in Kempten stattfand, gab Minister a. D. Fricke die Antwort auf die Frage, ob

eine Wiederwahl Hindenburgs durch eine Volkswahl zustandekommen werde. Die Antwort sei ein glattes Nein. Dr. Fricke führte aus:

Auch bei einer etwaigen Volkswahl würden die Nationalsozialisten jedenfalls keinen Finger rühren, um den Reichkanzler Brüning nicht noch weiter zu unterstützen. Wenn das Kabinett Brüning bis zur Reichspräsidentenwahl nicht verschwunden sei, würden die Nationalsozialisten aus ihren Reihen einen Mann aufstellen, auf den sie sich unbedingt verlassen könnten.

Damit ist das Schicksal Brünings besiegelt. Er wird sich damit abfinden haben, daß seine Stütze wegfällt und damit sein System der Halt verloren geht.

Die Reichsleitung hat zu dieser Erklärung noch keine offizielle Stellung genommen.

Was wird in Sachen Dr. Biff?

Von Erich Berger, Leiter der Pressestelle der Verwaltung des Reichspräsidenten.

Unmittelbar nach der offiziellen Eröffnung der Voruntersuchung gegen Dr. Biff, M. d. L. und Genossen, haben wir uns in bezug auf die Vorhelfer-Papierentaffäre die größte Zurückhaltung auferlegt. Wir haben es — in wohlwollendem Gegensatz zu den sozialdemokratischen Ministern Seevering und Leuschner — nicht nötig in ein schwebendes Verfahren einzutreten, weil wir vom ersten Tag der Voruntersuchung an genau wußten, daß einmal die ganze Angelegenheit, da sie völlig harmloser Natur ist und auch die beschuldigten Anhaltspunkte für so etwas wie Hochverrat nie erreichen kann, ein lächerliches Ende nehmen wird.

Ueberzeugt von der Notwendigkeit einer objektiven Untersuchung, die in jedem Fall nach der Lage der Dinge nur mit einer gründlichen Klärung der Angelegenheit endigen kann, haben wir alles vermieden, was entgegenstehen den geordneten Gang der Voruntersuchung hätte fördern können. Wer ein reines Gewissen hat und im übrigen weiß, was er will, der braucht keine hinterlistigen Pressetraktionen vom Stapel zu lassen.

Aber damit kommen wir auch gleich zu einer anderen Sache. Nämlich zur Judenpresse.

Diese Judenpresse hat dem Reichsgericht kaum einen Tag Ruhe gelassen. Die Berliner Arbeiterpresse kümmerte sich in einer geradezu beispiellosen Weise um das Wohl und Wehe der bösen „Dachverräter“. Aber nicht nur das allein. Das „Süddeutsche Blatt“ bringt es sogar fertig, einen Druck auf das Reichsgericht auszuüben. Wenn man schon von Druck reden will, dann schaut man genauer hin, dann erkennt man deutlich, wie hier der Versuch gemacht wird, das Reichsgericht in seiner Meinungsbildung zu beeinflussen und den Gang der Untersuchung zu einer fertigen Angelegenheit gegen die „Dachverräter“ umzubiegen. Anders könnten diese Stellen gar nicht gedeutet werden.

Was macht eigentlich, es ist Zeit, daß diese Frage an den Herrn Oberreichsanwalt gestellt wird, die Untersuchung gegen Herrn Biff? Der Herr Oberreichsanwalt hatte es doch im Anfang so eifrig, sich über den Fall Biff zu äußern...

„Dat der Herr Oberreichsanwalt ehentl. schon den Antrag auf Aufhebung der Immunität des Herrn Biff gestellt, die zu seiner Verhaftung nötig wäre? Der einfache Staatsbürger ist in seinem beschränkten Urteilsvermögen immer noch der Meinung, daß die Tatfachen eine so deutliche Sprache sprechen, daß es da gar keine Zweifel gibt!“

„Man wartet nicht nur in Dessen, man wartet in ganz Deutschland auf Antwort. Möglich, daß der Herr Oberreichsanwalt doch noch eines Tages antworten wird.“ Wenn auch dieses Bitt reichlich Einbild gewährt in die Unfähigkeit der Judenpresse und wenn es auch ganz klar beweist, daß man selber nicht so recht an einen Erfolg glaubt, dann dürfte doch die Frechheit, mit der hier dem obersten deutschen Richter entgegengetreten wird, einig dabein. Sowohl die Sprache wie die Retorik zeigen eindeutig, was erreicht werden soll. So, wie man in allen großen Korruptionsprozessen (Wormat, Antikler, Stark) — um nur einige Namen zu nennen) in Stimmung machte und von vorn herein durch eine organisierte Pressehebe dieientigen Staatsanwälte zum Schweigen brachte, die rücksichtslos und

Volksbegehren für Hindenburg vom Jungdeutschen Orden beantragt

Mahrann wittert Morgenluft

Der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Arthur Mahrann, hat unter der Überschrift „Volksfront für Hindenburg“ folgenden Aufruf erlassen:

Der Reichspräsident von Hindenburg hat seine Bereitwilligkeit erklärt, das Amt des Reichspräsidenten in der schicksalsschweren gegenwärtigen Zeit weiterzuführen, falls eine entsprechende Mehrheit des Reichstages ihre Zustimmung geben würde. Der Versuch, eine solche Mehrheit zustande zu bringen, ist gescheitert. In der Eile einer Volkswahl Hindenburgs treten die Gegensätze der Parteien bereits erneut in den Vordergrund. Es liegt die große Gefahr vor, daß ein neuer Streit darüber entzündet, wessen Kandidat der Reichspräsident von Hindenburg ist. Es liegt ferner die Gefahr vor, daß zum mindesten ein kommunistischer Gegenkandidat aufgestellt wird. Es ist unbedingt notwendig, die Einheit zu erhalten, die das deutsche Volk trotz aller vorhandenen Gegensätze in seinem Glauben an Hindenburg besitzt.

Die jungdeutsche Bewegung hat daher bei der zuständigen Stelle die Zulassung eines Volksbegehrens auf Volkswahl über folgenden Besch beantragt:

„An der Aufrechterhaltung entgegenstehender Bestimmungen der Reichsverfassung, insbesondere der Artikel 41 und 43, wird die Amtsdauer des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg um weitere sieben Jahre verlängert.“

Die jungdeutsche Bewegung ruft alle Deutschen auf, alle Sonderrückfragen zurückzustellen und an der Durchführung dieses Volksbegehrens sowie des nachfolgenden Volksentscheids mitzuarbeiten.

an die Führer aller politischen Gruppen, Vereine und Parteien einen Brief gerichtet, in dem er zu einer einheitlichen Volksfront für Hindenburg auffordert.

Na, da haben wir es ja! Der softam bekannte politische Größenwahn des schneidigen Hochmeisters des Jungdeutschen Ordens Arthur Mahrann, der nach wiederholten Davarien eine Zeitlang unter der Mähe zu ruhen schien, bricht nun plötzlich sich selbst in die erkaunte Öffentlichkeit durch. — Mahrann probierte es schon auf allerlei Art: Gegen die Juden und mit den Juden, er machte in völkischer Politik und in Frontparteilicher Magie, er war „schlechte“ „einen Frontreich und votierte für Frontreich — doch nichts von all dem half, sein politischer Stern wollte nicht am deutschen Himmel erstrahlen!

Aber der unermüdliche Hochmeister konnte nicht zur Ruhe kommen: Wenn schon kein Reich mehr an ihn gedachte, meldet er sich plötzlich den erkaunten Zeitgenossen und — probiert nun, frisch und fröhlich den Reichspräsidentenmacher zu spielen und in Volksbegehren zu machen. — Das ist eine Idee! Wenn aus der ganzen Sache auch nichts wird — denn ein Besohvel war Herr Mahrann schon immer —, so ist dieser glückliche Einfall doch nicht so ganz ohne: Es gibt etwas Gutes, die jüdischen Gazetten spenden dazu bereitwilligst ihren marmeladenartigen Beifall, und so wird man wieder einmal für eine Zeitlang zum Helden der Tagespolitik gekrönt. — Wahrscheinlich kein dummes Einfall!

Was aber an der ganzen Sache nicht so come il faut ist, das ist vielleicht der unvermeidliche Umstand, daß der Name des von Mahrann so hingebungsvoll protegierten Reichspräsidenten von Hindenburg durch den frommen Mit in die deutschen Wählermassen um-jetzt — und wohl auch unerwünscht — in die Debatte gerissen wird. Aber was braucht das einem in der Vielteiligkeit und Wandlungsfähigkeit reich erprobten Hochmeister viel Kopf-schmerzen zu bereiten: Das, was Brüning un-

freiwillig getan hat, kann doch ein Mahrann mutwillig tun!

Daß Mahrann gleichzeitig für das Freigeige Thälmanns Propaganda macht, indem er die deutsche Öffentlichkeit mit dem Gepek des kommunistischen Gegenkandidaten schreckt, ist ein Biß für sich — Dumme muß eben sein!

Im übrigen handelt der konjunkturgewandte jungdeutsche Hochmeister stets nach dem virgilschen Grundsatz: „carpe diem!“ — Schade nur, daß bisher noch nichts daraus geworden ist!

Dr. G.

Die Blamage bereits da!

Zu Mahranns Volksbegehren

Zum Antrag des Jungdeutschen Ordens auf Zulassung eines Volksbegehrens über die Amtsverlängerung Hindenburgs nehmen verschiedene Berliner Zeitungen Stellung.

Die „D.V.Z.“ schreibt, daß dieser Aktion in politischen Kreisen keine besondere Bedeutung beigegeben werde. Es sei zweifelhaft, ob sie überhaupt durchgeführt werde, da sie fristgemäß zu viel Zeit in Anspruch nehme. Auch die „Germania“ weist darauf hin, daß der Antrag den Nachteil eines allzu großen Zeitverlustes habe. Das „Berliner Tageblatt“ bezeichnet den Vorschlag als einen unbrauchbaren Ausweg. Die „Völkzeitung“ nennt den Gedanken der Einziehung eines Volksbegehrens gewissermaßen als Erfolg für eine verfassungsmäßige Wahl absurd. Die „Völkische Zeitung“ hebt hervor, daß der Vorschlag keine Retonanz gefunden habe, da er wegen des Zeitverlustes nicht zu verwirklichen sei. Der „Vorwärts“ spricht von einem Schicksalsschicksal, da Hindenburg auf dem normalen Wege mit relativer Mehrheit wiedergewählt werden könne, während der Vorschlag des Jungdeutschen Ordens die absolute Mehrheit aller Wahlberechtigten, d. h. etwa 10 Millionen Stimmen mehr brauche.

Vertical text on the left margin, partially cut off.